Copyright © contrapress media GmbH
T900904.126 TAZ Nr. 3201 Seite 11 vom 04.09.1990
115 Zeilen von TAZ-Bericht dietmar bartz

Petrolchemischer Anschluß der DDR

Bau einer Pipeline vom Ruhrgebiet nach Schkopau geplant / Bessere Verhandlungsbasis mit der Sowjetunion

Leipzig (taz) - Auf erschwerte Preisverhandlungen über die Lieferung von Erdöl nach Ostdeutschland muß sich die Sowjetunion einrichten. Bislang besorgte das Petrolchemische Kombinat (PCK) in Schwedt, "Petrolchemie und Kraftstoffe AG", den Einkauf von Rohöl für die gesamte DDR; in der Stadt an der Oder mündet die Pipeline "Freundschaft" in das DDR - Netz. Hierüber bezieht das Land seine gesamten Rohölimporte.

Das soll sich in den kommenden Jahren ändern. Eine zweite Bezugsquelle muß her. Bindeglied dafür ist eine verstärkte Kooperation zwischen der Buna AG in Schkopau und den Chemischen Werken Hüls (CWH), die zum VEBA-Konzern gehören. Am Projekt einer Pipeline aus dem Ruhrgebiet in den Chemie -Standort, das rund 300 Millionen DM kosten würde, wird bereits gearbeitet. (Siehe Interview unten.) Die Buna AG in Schkopau wiederum hat Zugang zum Pipeline-System der DDR.

Einen "Rohstoff-Verbund" mit Buna möchte Heiner S. Langer, Verkaufsleiter Osteuropa von Hüls.
Eine Komplettversorgung etwa durch die VEBAOel oder - bei chemischen Produkten durch Hüls kommt aber einstweilen nicht in Frage; dazu reichten die VEBA-Kapazitäten im Ruhrgebiet nicht oder noch nicht aus.

Eine solche Pipeline, über deren Trasse von Recklinghausen nach Schkopau bereits konkrete Alternativen geprüft werden, dürfte zwar nicht von der VEBAallein, sondern im Verbund mit anderen westdeutschen Chemiekonzernen geplant werden. Sie bräuchte aber nicht nur für Erdöl allein ausgelegt zu werden, sondern auch für andere Produkte, deren Transport über Land zu gefährlich oder zu teuer werde.

Langer: "Ob man ein oder zehn Rohre in den Graben legt, ist doch gleichgültig." Zudem würde ein Nachteil entfallen, unter dem Buna schwer zu leiden hat: die schlechte Infrastruktur bei der Anbindung. Einen schiffbaren Kanal gibt es nicht, und das einstige Kombinat ist für die langen Umschlagzeiten für Kesselwaggons berühmt-berüchtigt.

Schlichtweg schlucken dürfen VEBAund CWH das einstige Stammwerk des Kombinats Buna allerdings nicht - da ist das Bundeskartellamt vor. Hüls und Buna sind alte Schwesterunternehmen: Beide wurde Ende der 30er Jahre von den IG Farben zur Kautschuk-Produktion für die Kriegswirtschaft gegründet und verfügen noch heute über eine fast identische Produktpalette. So haben sich die beiden Konzerne auf schwammig umschriebene "Kooperationsprojekte" geeinigt, die zwar auch Investitionskredite von Hüls für Buna umfassen können. Unterschrieben ist aber bislang nur ein Vertrag vom Februar, in dem VEBAund Hüls der Buna technologische, Marketing- und Vertriebshilfen bieten. Dafür steht bei der Buna wiederum das Konkurrenzunternehmen Atochem, Tochter des französischen Energiekonzerns Elf -Aquitaine, auf der Matte der Treuhandanstalt - sagt jedenfalls Buna-Chef Karl-Heinz Saalbach. Bei Atochem hält man den Vorgang "für eine politische Angelegenheit" und möchte noch gar nichts weiter sagen. Einstweilen sind in den frisch bestallten Buna-Aufsichtsrat außer einem Direktor der Deutschen Bank auch Hoechst-Chef Carl-Heinz Krauch und Heinz Ache, selbst früher im Hüls-Vorstand, eingezogen. Allerdings will Buna bis 1995 aus eigener Kraft auf die Füße kommen. Die Aktien sind dann zum Nennwert von 500 Millionen DM bei der Treuhand zu haben.
Mit der Pipeline in den Süden der DDR kann sich auch Manfred Fritsch, der amtierende Leiter des Bereichs Beschaffung und Absatz bei PCK in Schwedt, anfreunden. "Es fehlen die Alternativen in der Republik. Daß wir erpreßbar sind, wissen wir." Schon jetzt hat die SU ihre Öllieferungen um 20 Prozent gekürzt; die Tendenz ist zunehmend. Zwar werden im Gegenzug auch die Exporte in die UdSSR verringert, doch dies betrifft kaum mehr als die 180.000 Tonnen Flugbenzin jährlich, die die Rote Armee in der DDR erhält. Und selbst die braucht sie vermutlich nicht mehr lang.
Dietmar Bartz

Copyright © contrapress media GmbH
T910713.164 TAZ-OSTNr. 3455 Seite 30 vom 13.07.1991

436 Zeilen von TAZ-Bericht steve körner

BUNA: "Das ganz große Sterben steht noch bevor..."

Das mitteldeutsche Chemierevier verendet langsam aber sicher/ Ehemalige "Stabsbereiche" spielen Marktwirtschaft/ Ordnung-West für Chemiegiganten soll auch für sinkende Schiffe im Osten gelten/ Massenentlassungen werden keinen Protest zur Folge haben

Von Steve Körner

Unentwegt klettern die Zahlen: 4.000 oder 5.000, 8.000 oder 9.000 zu Entlassende - wer weiß das schon noch so genau? Und wer will es eigentlich noch wissen? Die Angst geht um im mitteldeutschen Chemierevier zwischen Bitterfeld und Böhlen. Auch die Angst, eine Einladung vom alten neuen Abteilungsleiter zu bekommen. Entlassungsgespräch. Da erzählen sie dir dann vom Sozialplan, von Umschulung und Arbeitsbeschaffung und Qualifizierung. Von Chancen. Aber du hörst gar nicht mehr richtig hin. Als könnten Geld und gute Worte noch irgendetwas ändern.

Auch die Fußballmannschaft im nahegelgenen Halle hat die Zeichen der Zeit erkannt. Als HFC Chemie hat man zwar kürzlich noch den Aufstieg aus der ersten Ost- in die zweite gesamtdeutsche Liga geschafft, vorm ersten Anpfiff aber wurde der Name geändert: "Chemie" sei nicht mehr zeitgemäß, befanden nahezu 90Prozent aller Klubmitglieder. Sie scheinen recht zu behalten. Denn im Revier wird augenblicklich vor allem abgespeckt, abgespeckt, abgespeckt. Die ehemaligen volkseigenen Großbetriebe, im rauhen Wind der weltweiten Konkurrenz im vergangenen Jahr auf das bescheidene Maß nur noch territorial bedeutsamer Platzhirsche geschrumpft, hungern sich gesund. Durch Buna donnern ein-, zweimal die Woche gewaltige Explosionen. Die Karbidkumpel, nochmal in der alten, staubigen Ofenkluft, demontieren ihre eigene Vergangenheit, sprengen ihre alten Arbeitsplätze.

Der lange Abschied einer langen Chemietradition Abschied von der Karbidchemie ist endgültig. Die Termine sind gemacht, die Ministerien informiert. Der letzte bislang noch in Betrieb befindliche von einstmals zwölf stolzen Karbidöfen mit Namen wie "W.I. Lenin" oder "E.Thälmann", wurde dieser Tage abgeschaltet. Das graue Gold der DDR-Volkswirtschaft, das Devisen sparte und dafür Ressourcen in unglaublichem Maße verschwendete, hat pünktlich nach einem Jahr Marktwirschaft abgewirtschaftet. Die Kosten der längst vom Fortschritt überholten Karbidchemie sind zu hoch, die Umweltbelastungen noch immer unerträglich. Rund 100.000 Tonnen Staub und mehr als dreimal soviel SO2 verteilten die weder entschwefelten noch entstaubten Öfen jährlich übers Land. "Nicht schädlich" sei das, behaupteten Werksvertreter und Parteibevollmächtigte jahrelang unisono. Ganz im Gegenteil: Was aus den beiden Buna-Schornsteinen übers Land wehte, gäbe sogar einen "guten Dünger" ab für die Felder ringsum. Die Erfinder dieser Sprüche, gestählte, gutbesoldete Parteisoldaten und Wirtschaftsfunktionäre, sind inzwischen gegangen worden. Oder aber sie sind noch immer da. Letztere sind in der Mehrheit - sie nennen sich jetzt ganz schlicht Manager und verteilen dieselben aberwitzigen Beschwichtigungsformeln an dieselben staunenden MitarbeiterInnen wie früher. Nur daß sich deren Reihen in anderthalb Jahren unablässiger Entlassungen und Ausgliederungen beträchtlich gelichtet haben. Die Spekulationen reißen nicht ab. Wieder und wieder "bekennt" sich die Treuhandanstalt zu den Sanierungskonzepten aus Leuna, Buna, Bitterfeld. Wieder und wieder folgen den Beteuerungen und Bekenntnissen keine Taten. 550 Millionen Mark, schrieben die Zeitungen jüngst, hätte die Treuhand vor kurzem für erste Investitionen in die Zukunft der mitteldeutschen Großchemie bewilligt. Die Zeitungen schrieben nicht, daß das Geld damit noch längst nicht wirklich verfügbar ist. Daß die Raumordnungsverfahren für die geplanten Investobjekte teilweise noch gar nicht begonnen wurden. Daß ihre Chancen überdies ziemlich schlecht stehen. Und daß die Treuhand im Gegenzug für Geld bisher noch immer schnelleren Personalabbau verlangte. Und bekam.
Der Streit geht bis in die Haarspitzen der Macht Allein Leuna und Buna kosten die Berliner Megabehörde täglich rund zwei Millionen Mark. Trotz Kurzarbeit und Personalabbau produziert Buna seinen synthetischen Kautschuk und seine thermoplastischen Kunststoffe noch immer viel zu teuer.

Der osteuropäische Markt, früher Abnehmer eines Viertels aller Buna-Produkte, ist seit dem Oktober 1990 komplett

zusammengebrochen - gerade noch fünf Prozent des einstigen Volumens können dort abgesetzt werden. Die Verkäufe in die fünf neuen Länder sind von 78 Prozent im Jahr 89 auf jämmerliche 38 zurückgegangen. Nur auf den Ausbau des Absatzes in den alten Bundesländern und Westeuropa könnten die SED-Parteisekretäre, die ihn jahrelang verlangten, beharrlich in allerlei Kampfprogramme schrieben und doch nie bekamen, stolz sein: Mehr als die Hälfte aller Buna-Produkte gehen heute Richtung Westen. Was die immensen absoluten Verluste allerdings nicht ausgleichen kann. Alle Pläne in punkto Umsatzentwicklung haben sich zerschlagen.

Das bereits mehrfach überarbeitete und gestraffte Sanierungskonzept der Buna AG ist nichts als Makulatur. Nicht anders ist die Sitaution in Leuna, wo die verbliebenen Mitarbeiter am letzten Maiwochenende auf das 75jährige Bestehen ihres Werkes zurückschauen konnten. Gefeiert wurde nicht. Grund: Kein Grund. Fit und Leunarex, Leunikor und all die anderen ehemals heißbegehrten Konsumgüter aus dem Werk an der Saale, werden von den großen Kaufhauskonzernen nicht "gelistet", folglich können sie auch nicht abgesetzt werden.

Trotz aller Bemühungen der mit Wessis bestückten Marketingabteilung des Unternehmens, blieb der erhoffte Durchbruch bisher aus. Leuna wie das benachbarte Buna oder die gleichermaßen betroffenen Bitterfelder Chemieunternehmen, produziert vor allem Negativbilanzen. Und negative Schlagzeilen, wenn wieder mal ein paar hundert Liter Öl in die Saale laufen oder eine Klärstufe versagt oder Anwohner sich bei der Umweltaufsicht über den beißenden Geruch in der Luft beschweren. Das schreckt Investoren ab. Der Streit um die mitteldeutsche Chemie geht währenddessen bis in die Haarspitzen der Macht. Mit den unterschiedlichsten Intentionen diskutieren alle mit, die Auseinandersetzungen gehen bis in die höchsten Bonner Regierungskreise.

Doch die Aufführung mit den namhaften Darstellern, teilweise gedreht an Originalschauplätzen und von Buna- und Leuna-ArbeiterInnen beklatscht, ist nur eine Schmierenkomödie. Helmut Kohl und Richard von Weizsäcker spielen dabei die Rollen der "Guten", die mit sehr salbungsvollen Reden vor Ort hausieren gehen und sich "trotz aller Widerstände" immer wieder für das Überleben des Revieres einzusetzen versprechen. Otto Graf Lambsdorff hingegen mimt einmal mehr den Schurken, den hinkenden Teufel, der aus der Ferne beängstigende Wahrheiten feilbietet. Das unbedarfte Szenario zieht unerwartet gut. Kanzler und Präsident vermitteln bei allseits beachteten Besuchen vor Ort "begründeten Optimismus" und nuscheln nur in Nebensätzen halblaut etwas von "zuvor nötiger Schrumpfung auf Kernbereiche". Der Graf übersetzt anschließend ungebeten: Dauersubventionen könne es nicht geben. Ohne ist die Großchemie im mitteldeutschen Raum nicht lebensfähig. Na also. Aus den Führungsetagen der Treuhand sickern dieselben Gerüchte. Immer wieder werden Papiere bekannt, die dem bevorstehenden und bereits in Gang befindlichen Personalabbau neue, höhere Ziele vorgeben. Aus der Schlankheitskur der Ex-Kombinate ist eine ganz gewöhnliche Magersucht geworden. Erntete Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Gies noch vor Wochen wütenden Protest von allen nur möglichen Seiten, als er verkündete, von den einst 200.000 Arbeitsplätzen im Revier würden auf Dauer wohl nur 35.000 zu erhalten sein, so kommt eine im Auftrag der IG Chemie erstellte Studie des niedersächsischen Institutes für Wirtschaftsforschung unterdessen zu ganz ähnlichen Ergebnissen.
Eine Pipeline vom Westen nach Dresden Drastischer Arbeitsplatzabbau, ursprünglich propagiert als einzige Möglichkeit, zum Ziel "wirtschaftliche Produktion" zu kommen, ist nun nicht mehr der Weg, sondern das Ziel. Die Betriebe werden künstlich beatmet, um ihre möglichst reibungslose Abwicklung organisieren zu können. Ostdeutschlands veraltete, uneffektive Chemie ist im wiedervereinigten Vaterland hochgradig überflüssig. Daran ändert auch die von Kohl bei seinem Buna-Besuch propagierte Lebenslüge vom "erhaltenswerten traditionellen dritten Standbein der deutschen Chemieindustrie an der Saale" nichts.

Die westdeutschen Standorte an Rhein und Main sind derzeit gerademal zu zwei Dritteln ausgelastet, Großkonzerne wie Bayer, BASF oder Hüls könnten die neuen Ostgebiete eigentlich komplikationslos mitversorgen. Die Pläne dazu sind längst geschmiedet. Eine Pipeline soll aus den alten Bundesländern bis hinunter nach Dresden gezogen werden - nicht etwa, um wie von Leuna- und Buna-Bossen seit Monaten gefordert, westdeutsches Rohöl zur Weiterverarbeitung ins Revier zu pumpen und die Raffinerien in Leuna und Verarbeitungsbetriebe in Buna damit vom Sowjetöl unabhängig zu machen. Nein, Benzin und leichtes Heizöl aus dem Westen sollen nach Sachsen-Anhalt und Sachsen fließen. Es ist, als treibe man einen hölzernen Pflock ins Herz des lebenden Toten Mitteldeutsches Chemierevier. Daraufhin protestiert Biedenkopf. Aber Biedenkopf protestiert ja immer. Gies (nun nicht mehr) hat auch protestiert, aber die Journalisten verlassen derweil schon mal den Saal. Die Betroffenen in den Betrieben dagegen schimpfen bloß. Auf die Chefs, die nicht mit der Sprache rausrücken. Auf die Politniks, die bloß quatschen und sich in einer Tour widersprechen. Auf den Betriebsrat, weil der auch bloß nix machen kann. Und auf sich selbst natürlich, weil man immer noch hier hockt und hofft, statt endlich auch zu packen und zu gehen.

Die Stimmung in den Arbeitskollektiven ist entsprechend mies. Seit Dezember vergangenen Jahres hat es beispielsweise bei Buna kein volles Gehalt mehr gegeben. Abschlags- und Nachschlagzahlungen wechseln sich in schöner Regelmäßigkeit ab. Nach den jüngsten Neueinstufungen in die westlichen Lohngruppen und der Anhebung der Löhne und Gehälter auf 60 Prozent des Westniveaus (berechnet am niedrigen bayerischen Satz!), weiß kaum mehr jemand in Buna, Leuna oder Bitterfeld, was er nun wirklich verdient.

Die Autoriträt der Meister: Nie mehr mit Arbeitern duschen Die sogenannten "Stabsbereiche" der Unternehmen indessen spielen ein Gesellschaftsspiel, das Marktwirtschaft heißt. Neuerdings erscheinen "Führungskräfte" ab Meister aufwärts, laut Bekleidungsordnung stets im formschönen Anzug, mindestens aber in nett farblich abgestimmter Kombination plus Binder, im Betrieb. Das jahrelang nicht nur unter den mehr als 8.000 Einheitssozialisten im Unternehmen gebräuchliche kollegiale "Du" ist inzwischen weisungsgemäß dem distanziert- höflichen "Sie, Herr/Frau" gewichen. In den alten Bundesländern sei das generell so üblich, heißt es im Buna-Werk. Wie könnte man da?
Am härtesten trifft die Erfindung neuer "Unternehmensphilosophien" in den bisher nach marxistischer und leninistischer Philosophie regierten Betrieben die Meister, zu seligen Kombinatszeiten "Organisatoren der Produktion" und vor allem als Prügelknaben für Planschulden, Personalnot und überzogene Pausen sehr beliebt. Die nämlich dürfen seit kurzem nicht mehr mit ihren Arbeitern zusammen duschen. Eine Maßnahme, von der sich die Unternehmensleitung angeblich eine spürbare Hebung der Autorität ihrer Meisterkaste verspricht... [der feudalismus ist wider mega-in. d. k.in]. Die Zukunft aber sieht insgesamt dennoch düster aus. Orte wie Schkopau oder Leuna, Anfang des Jahrhunderts als reine Werkssiedlungen des Buna- und der Leuna-Werke gegründet, stehen vor bitteren Zeiten. Daß die Arbeitslosigkeit in beiden Orten momentan noch weit unter dem Durchschnitt im Süden Sachsen-Anhalts liegt, tröstet Schkopaus Bürgermeister Rudolf Werner sowenig wie seinen Leunaer Amtskollegen Wiese.

"Das ganz große Sterben steht uns doch erst noch bevor", meint der. Was dann werden soll? Beschäftigungsgesellschaft, ABM vielleicht, aber "Zauberworte sind das doch auch nicht". So richtig hoffnungsvoll schaut nur Thomas Schröder, Vorsitzender der kleinsten Industriegemeinde Korbetha in die Zukunft: "Wenn Buna mal aus dem gröbsten raus ist, dann klingelt für uns die Kasse", denkt der früher per SED-

Parteibeschluß in den Ort kommandierte Bürgermeister, der nach der Wende weitergemacht hat - parteilos jetzt -, "weil sich doch für die paar Mark kein anderer auf so einen Posten setzt". Buna steht zum Großteil auf Korbethaer Gemeindeboden - "da würde ich auch fröhlich in die Zukunft gucken", ist Schkopaus Gemeindechef Werner neidisch. Er wird es am schwersten haben. 90 Prozent aller Gebäude im Ort gehören "dem Werk", bis auf den Friseur, die Postfrau und den Doktor arbeiten auch so ziemlich alle Schkopauer dort. "In den höheren Positionen vor allem", erläutert Werner, Christdemokrat und Realist, "und wenn im Werk mal Schluß wäre, dann können wir hier auch zumachen." Aber wenn die gegenwärtig am häufigsten genannten Zahlen stimmen, werden ja am Jahresende immerhin noch 8.000 Buna-Werker Lohn und Brot haben.

Bis auf weiteres und wenn alles gut geht. Wenn nicht, werden die Zahlen weiter klettern. Schon denkt das Merseburger Arbeitsamt, daß die Mehrheit der "Freigesetzten" aufgefangen werden muß. Die ehemalige Stasi-Zentrale, in der der alt-neue Amtschef Krüger und seine Mitarbeiter seit der Wende den Niedergang der Region verwalten, ist heute schon zu eng geworden. Auch die geräumige Außenstelle, erst jüngst eingerichtet in einer ehemaligen NVA-Kaserne, platzt aus allen Nähten. Für die Zukunft muß ein neues Domizil her, wenn die Bürokratie den bevorstehenden Ansturm bewältigen will. Die Erwartungen aber, die mancher zur Zeit insgeheim in die nächste Entlassungswelle setzt, sie werden enttäuscht werden. Keine neuen Massenproteste, keine neuen Unruhen, keine Betriebsbesetzungen im mitteldeutschen Revier. Nach genauerer Betrachtung nämlich werden aus den Massenentlassungen ein Haufen Einzelschicksale.

Ein Teil der "Betroffenen" geht für ein, zwei Jahre in AB-Maßnahmen. Ein anderer Teil verschwindet in Weiterbildungs- und Qualifizierungslehrgängen. Andere arbeiten weiter mehr oder weniger kurz. Die wenigsten nur landen direkt auf der Straße. Das Elend wird dadurch natürlich weder kleiner noch erträglicher. Es wird nur unauffällig. Harmlos. Und alltäglich.

Copyright © contrapress media GmbH
T980223.106 TAZ Nr. 5465 Seite 9 vom 23.02.1998
60 Zeilen von TAZ-Bericht rem

Chemie: Buna wird weiter gemolken

Ex-Treuhand zahlt weiter Millionen an den Käufer Dow Chemical

Berlin (taz) - Der ostdeutsche Chemiestandort Buna ist weiterhin ein Millionengrab für die deutsche Staatskasse. Laut dem Münchner Magazin Focus verkaufte Dow für rund 250 Millionen Mark Lizenzen an die ostdeutsche Dow-Tochterfirma Buna Sow Leuna Olefinverbund (BSL) in Schkopau.

Das macht Sinn für Dow, denn der Lizenzverkauf an die eigene Tochterfirma gilt als "Restrukturierungsmaßnahme". Solche Maßnahmen muß laut einem Vertrag jedoch die Treuhand-Nachfolgerin Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) bezahlen. Auf diese Weise konnte sich Dow den größten Teil seines Kaufpreises von 300 Millionen Mark von der BvS zurückholen.

Laut Focus hält die BvS in einer Studie die Lizenzgebühr für mehrfach überteuert, zahlt jedoch, um den Investor nicht zu verärgern. Der US-Konzern Dow Chemical hatte das ehemalige DDR-Chemiekombinat Buna im April 1995 gekauft. Die Ex-Treuhand ist noch mit 20 Prozent an der heutigen BSLbeteiligt. Nach diversen Zeitungsberichten wird Buna den Steuerzahler bis zu zehn Milliarden Mark kosten.

Die Bundesregierung garantiert demnach einen Verlustausgleich bis zu 2,8 Milliarden Mark. Auch trägt der Bund den größten Teil der Milliardeninvestitionen in die Anlagen, die unter anderem Grundstoffe für Plastik produzieren. Berlin-Besucher zu DDR-Zeiten erinnern sich noch an den Spruch an der Transitstrecke "Plaste und Elaste aus Schkopau".

Der Standort Buna war von den Nazis gegründet worden, um Kunstkautschuk für die Reifen der Wehrmachtsfahrzeuge zu produzieren. Nach der Wende sank die Zahl der Arbeitsplätze drastisch. Ende Januar arbeiteten laut der BSL noch 3.730 Menschen im Chemieverbund. 800 sollen im Laufe dieses Jahres entlassen werden. Der Bund zahlt also für derzeit 3.000 Arbeitsplätze etwa zehn Milliarden Mark an Subventionen - vertraglich garantiert hat Dow sogar nur 1.800 Stellen.

rem Copyright © contrapress media GmbH T971211.151 TAZ Nr. 5405 Seite 8 vom 11.12.1997 82 Zeilen von TAZ-Bericht Alois Berger

Peinliche Fragen aus Brüssel über Buna

Die EU-Kommission wittert Unregelmäßigkeiten bei den Zuschüssen zur milliardenteuren Raffinerie und leitet ein Verfahren gegen die Regierung in Bonn ein. Auch beim Strompreis soll getrickst worden sein

Aus Brüssel Alois Berger

Die Europäische Kommission hat den dringenden Verdacht, daß die Bundesregierung beim größten Sanierungsprojekt in Ostdeutschland gegen EU-Subventionsregeln verstößt. Es geht um 9,5 Milliarden Mark an öffentlichen Beihilfen, die der US-Konzern Dow Chemical für die Übernahme und Neuordnung des Buna Sow Leuna Olefinverbundes BSLeinstreicht. Die EU-Kommission hat gestern ein Verfahren eingeleitet. Nun muß die Bundesregierung bis Mitte Januar zu den Vorwürfen Stellung nehmen und darf in der Zwischenzeit keine Beihilfen auszahlen.

Bei einer Überprüfung hatten EU-Inspekteure festgestellt, daß die Raffinerie in Buna offensichtlich größer werden soll als von Brüssel genehmigt. Dadurch würden zum einen Konkurrenten geschädigt, die ohne Beihilfen auskommen müßten und sich in Brüssel bereits beschwert hätten. Zum anderen vermutet die EU-Kommission, daß durch die Ausweitung der Kapazität auch höhere Investitionskosten anfallen, die von der Bundesregierung prozentual bezuschußt werden.

Eine Ausschöpfung der Gesamtsumme durch den Bau einer größeren Anlage ist nach Auffassung der EU-Kommission illegal. Die Brüsseler Behörde fürchtet zudem, daß die Bundesregierung bei höheren Investitionskosten versteckte Subventionen zahlen könnte. Ein konkreter Verdacht zielt auf einen trickreichen Stromvertrag, den der BSLOlefinverbund mit dem Energieversorger VKR (VEBA) abgeschlossen hat. In einem Geheimvertrag vereinbarten BSLund VKR, daß die Strompreise während der Umstrukturierungsphase bis 2000 wesentlich höher sind als danach. Die EU-Kommission vermutet, daß durch den Deal ein beträchtlicher Teil der nach dem Jahr 2000 anfallenden Energiekosten auf die Zeit davor verlagert werden soll. Denn alle Verluste, die bis 2000 anfallen, werden von der BvS übernommen, der staatlichen Nachfolgegesellschaft der Treuhand.

Nach Einschätzung der Wettbewerbskontrolleure handelt es sich damit um eine illegale Stromsubvention von mehreren hundert Millionen Mark. Nach dem EU-Wettbewerbsrecht hat die EU-Kommission darauf zu achten, daß Subventionen nur bis zu einer Höhe gezahlt werden, die den Standortnachteil in wirtschaftlich schwachen Regionen ausgleichen. Sonst würden sich die EU-Regierungen mit Steuergeldern gegenseitig Investoren abspenstig machen und zudem den Wettbewerb verzerren.

Die Milliardenbeihilfen für Dow Chemical, mit denen 2.200 Arbeitsplätze gerettet werden sollen, gelten bereits als Rekordsumme, weil jeder Arbeitsplatz mit fast fünf Millionen Mark bezuschußt wird.